

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Insolvenz von Galeria Karstadt Kaufhof: Arbeitsplätze & Standorte sichern – Bebauungsplanverfahren stoppen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich für die Sicherung der Arbeitsplätze und den Erhalt aller Berliner Standorte von Galeria Karstadt Kaufhof einzusetzen. Dafür muss die Signa Gruppe als Eigentümerin von Galeria Karstadt Kaufhof mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unter Druck gesetzt werden, damit endlich die Investitionen in die Warenhäuser vorgenommen werden, die notwendig sind, um diese wirtschaftlich zu betreiben und zukunftsfähig zu machen.

Die Warenhäuser sind für die Kieze und Nachbarschaften wichtige Versorgungsstrukturen und Ankerpunkte. Gibt Galeria Karstadt Kaufhof Standorte auf, ist unverzüglich zu prüfen, ob die Kaufhäuser über Genossenschaften gesichert und gemeinwohlorientiert für und mit den Menschen in den Kiezen weiterentwickelt werden können.

Das Abgeordnetenhaus stellt fest, dass durch die erneute Insolvenz der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH und die Ankündigung der Schließung der Standorte Müllerstraße und Wilmsdorfer Straße die Grundlage des LOI zwischen der Signa Gruppe und dem Senat vom 03.08.2020 entfallen ist. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen wird deshalb aufgefordert, die Arbeiten an den vorhabenbezogenen Bebauungsplänen 2-65 VE (Karstadt Hermannplatz) und 4-81 (Karstadt Kurfürstendamm) mit sofortiger Wirkung einzustellen.

### ***Begründung***

Durch die erneute Insolvenz der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH und die Ankündigung, die Kaufhäuser in der Müllerstraße im Wedding und in der Wilmsdorfer Straße zu schließen, sind hunderte Arbeitsplätze in Berlin akut gefährdet. Die bisher bekannten Sanierungspläne sehen zudem weitere Personalreduzierungen auch in den übrigen Kaufhäusern und Kürzungen bei den geplanten Investitionen vor. Dadurch droht auch dort ein Tod auf Raten. Denn die Kaufhäuser können nur mit ausreichendem Verkaufspersonal und Investitionen, insbesondere in

hybride Verkaufsmodelle, gegen den Online-Handel bestehen. Werden die notwendigen Investitionen vorgenommen, ist es hingegen möglich, die Kaufhäuser dauerhaft wirtschaftlich zu betreiben.

Statt auf weitere Kürzungen zu setzen, muss die Signa Gruppe als Eigentümerin der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH ihrer Verantwortung gerecht werden und die notwendigen und zugesagten Investitionen in die Kaufhäuser vornehmen. Bisher hält der Konzern diese Investitionen zurück. Er hat am Kaufhausbetrieb kaum Interesse, weil er auf eine anderweitige Verwertung der Immobilien setzt. Der Weiterbetrieb der Kaufhäuser ist jedoch für die Nahversorgung und als Ankerangebot für lebendige Einkaufsstraßen unverzichtbar.

Deshalb muss der Senat auf die Signa Gruppe einwirken, damit diese die notwendigen Investitionen in das Kaufhausgeschäft vornimmt.

Die Vereinbarung (Letter of Intent) zwischen dem Senat und der Signa Gruppe vom 03.08.2020 kann jedenfalls nicht weiter Grundlage der Zusammenarbeit sein. Denn diese Vereinbarung ist aufgrund der erneuten Insolvenz der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH und der angekündigten Standortschließungen hinfällig.

Da die Schließung der Standorte in der Müllerstrasse und der Wilmersdorfer Straße angekündigt worden ist, kann die mit der Vereinbarung angestrebte „Sicherung für mindestens 10 Jahre“ nicht mehr erreicht werden. Der zentrale Vereinbarungszweck ist somit entfallen.

Die von der Vereinbarung in Bezug genommenen Tarifverträge samt Kündigungsausschluss zwischen der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH und der Gewerkschaft Ver.di sind vom Unternehmen inzwischen aufgrund der Insolvenz außerordentlich gekündigt worden. Auch insoweit ist die Grundlage der Vereinbarung somit entfallen.

Das Unternehmen hat zudem angekündigt, allen Beschäftigten des Standortes Müllerstrasse zu kündigen, obwohl dort nach Umbaumaßnahmen die Wiedereröffnung eines Kaufhauses vorgesehen ist. Es ist deshalb davon auszugehen, dass auch am Standort Herrmannplatz mit Beginn des Umbaus betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden. Auch insoweit kann der Zweck der Vereinbarung mit dem Senat, nämlich die Beschäftigung dort dauerhaft zu sichern, nicht mehr erreicht werden.

Berlin, den 18. April 2023

Helm      Schatz      Valgolio      Gennburg  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke